

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Tourismus, Digitales und Personal der Gemeinde Jemgum am Dienstag, dem 02.12.2025, um 17:00 Uhr, im Dörfergemeinschaftshaus Rathaus Jemgum.

### **Anwesend:**

#### **Vorsitzende/r**

Torsten Dinkela

#### **Mitglieder**

Gerd Bartinger

Dr. Walter Eberlei

Konrad Kruse

Peter Pfaff

Tim Philipps

Martin Sinning

#### **Beratendes Mitglied**

Annegret Bommelmann

Marco Knevel

#### **von der Verwaltung**

Christiane Dorenbos

Bürgermeister Hans-Peter Heikens

Rainer Smidt

#### **Protokollführer\*in**

Anja Liebenberg

## **Tagesordnung:**

- I. Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung, Feststellung der ord-

nungsgemäßen Ladung, Feststellung der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils vom 27.10.2025
4. Bericht des Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters mit anschließender Aussprache
5. Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu anderen Gemeindeangelegenheiten
6. Antrag SPD-Fraktion: Lernmittelfreiheit  
Vorlage: AN/1730/2025/
7. Haushalt 2026  
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Tourismus, Digitales und Personal  
Vorlage: BV/1729/2025/
8. Anfragen, Anregungen und Hinweise
9. Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu Gemeindeangelegenheiten
10. Ende des öffentlichen Teils der Sitzung

**Zu TOP 1. Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die anwesenden Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

**Ergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 2. Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils**

**Beschluss:**

Die Tagesordnung wird nach Änderung mit 4 Zustimmungen und 3 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.

Herr Bartinger beantragt, den Tagesordnungspunkt 6 (Antrag der SPD zur Lernmittelfreiheit) von der Tagesordnung zu nehmen und verweist diesen auf den zuständigen Ausschuss.

**Ergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen

Ja 4 Nein 3 Enthaltung 0

**Zu TOP 3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils vom 27.10.2025**

**Beschluss:**

Die öffentliche Niederschrift vom 27.10.2025 wird einstimmig beschlossen.

**Ergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 4. Bericht des Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters mit anschließender Aussprache**

Weder der Ausschussvorsitzende noch der Bürgermeister tragen einen Bericht vor.

**Ergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 5. Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu anderen Gemeindeangelegenheiten**

Es lagen keine Anfragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten oder anderen Gemeindeangelegenheiten vor.

Ergebnis:  
Zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 6. Antrag SPD-Fraktion: Lernmittelfreiheit  
Vorlage: AN/1730/2025/**

**Beschluss:**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde mit 4 Zustimmungen und 3 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen von der Tagesordnung genommen und an den Fachausschuss verwiesen.

**Antragstext:**

Die SPD-Fraktion hatte zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Schule, Kindergarten, Familie und Jugend am 24.11.2025 einen Antrag eingereicht, diesen dann jedoch in der Sitzung zurückgezogen.

Es soll ein geänderter Antrag zu dem Thema zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Tourismus, Digitales und Personal am 02.12.2025 eingereicht werden. Dieser Antrag soll in den nächsten Tagen eingereicht werden.

Ergebnis:  
Zurückgestellt

**Zu TOP 7. Haushalt 2026  
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Tourismus, Digitales und Personal  
Vorlage: BV/1729/2025/**

**Beschluss:**

Der Ausschuss schlägt dem Finanzausschuss vor, die Haushaltsansätze entsprechend den in der Sitzung erarbeiteten Vorschlag in den Haushaltsplan 2026 aufzunehmen. Das Budget 100 – Datenverarbeitung ist dem Ausschuss in einer weiteren Sitzung umfassend zu erläutern.

**I. Sachverhalt:**

Für die Planung des Haushalts 2026 werden den Mitgliedern des Fachausschusses folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:

- Aufwands- und Ertragsliste
- Investitionsplan
- Kostenstellenliste
- Übersicht der freiwilligen Leistungen

Die Aufwands- und Ertragsliste und der Investitionsplan sind auf den jeweiligen Fachausschuss zugeschnitten.

In der Aufwands- und Ertragsliste stellen die farbig hinterlegten Zeilen die jeweiligen Konten dar. Die weiß hinterlegten Zeilen sind die entsprechenden Unterpunkte zu dem Konto. Diese Zeilen dienen der Erläuterung der Zusammensetzung des Betrages in der farbig hinterlegten Zeile.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 27.10.2025 den Fachausschüssen einen verfügbaren Budgetrahmen für die jeweiligen Aufwendungen zugeteilt. Der verfügbare Budgetrahmen für den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Tourismus, Digitales und Personal beträgt im Aufwandsbereich 5.899.300,00 €.

Nach der Beratung durch die Fachausschüsse wird der Finanzausschuss in einer weiteren Sitzung mögliche Anpassungsbedarfe diskutieren und eine Empfehlung für den Rat aussprechen.

Der Kämmerer begrüßt die Gäste und Mitglieder und weist darauf hin, dass es sich hierbei um die vierte Haushaltsberatungssitzung handelt. Nach Abschluss dieser Runde werde eine weitere Finanzausschusssitzung stattfinden, in der der Haushalt insgesamt beschlossen werden soll.

Er erklärt, dass sich die Arbeitsweise bewährt habe, zunächst Investitionsplan im Anschluss daran die Aufwands- und Ertragsliste gemeinsam durchzugehen und den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, Fragen zu einzelnen Positionen zu stellen. Anschließend eröffnet er die Diskussion.

### **Investitionsplan**

#### **Funkanlage (Umsetzung 2025 / 2026)**

Herr Kruse fragt nach der im Jahr 2025 geplanten Funkanlage und ob diese noch in diesem Jahr umgesetzt werde.

Der Bürgermeister erklärt, dass derzeit noch nicht abschließend feststeht, ob es sich um eine Neuschaffung oder eine Erweiterung handeln wird. Aufgrund der offenen Klärung werde die Maßnahme voraussichtlich nicht mehr im laufenden Jahr umgesetzt.

Herr Kruse stellt klar, dass die dafür vorgesehenen Mittel dann als Haushaltsrest 2025 nach 2026 übertragen werden müssten.

#### **Zeiterfassung**

Herr Kruse fragt zur Position „Zeiterfassung“, ob nun wieder „gestempelt“ werde und ob dies nicht eher ein Rückschritt sei.

Der Kämmerer erläutert:

- Verwaltungsmitarbeiter erfassen ihre Zeiten bereits digital über ein Online-System.
- Im Bauhof wurden die Arbeitszeiten bislang handschriftlich dokumentiert.
- Zur Vereinheitlichung werde nun auch dort ein elektronisches Zeiterfassungssystem eingeführt, das direkt mit der Verwaltungssoftware verknüpft werden kann.

#### **Rahmenplan Hafen Ditzum**

Herr Kruse stellt fest, dass im Vorjahr 30.000 € veranschlagt waren, im aktuellen Entwurf jedoch 45.000 €.

Der Bürgermeister bestätigt die Richtigkeit des Ansatzes.

#### **Landschaftssee**

Herr Kruse fragt wie der aktuelle Stand des Förderantrages sei.

Der Bürgermeister antwortet:

- Die Zahl sei korrekt; sie stelle den Förderzuschuss / aktuellen Gesamtansatz dar.
- Zum Förderantrag liege noch keine Rückmeldung vor, man rechne aber damit, dass die Entscheidung in wenigen Wochen vorliege.

### **Flächenankauf „Ärztehaus“ – Haushaltsrest**

Herr Philips möchte wissen, warum der Flächenankauf als **Haushaltsrest** geführt wird und ob es sich um einen verbleibenden Restbetrag handelt.

Der Kämmerer erklärt:

- „Haushaltsrest“ bedeutet, dass die Mittel aus dem Vorjahr übertragen wurden.
- Es wurden im laufenden Jahr keine Investitionen getätigt, daher bleibt der Ansatz bestehen und wird weiter übertragen.

### **Systemumstellung EDV**

Herr Bartinger weist auf die Position zur Systemumstellung EDV hin und fragt nach dem Hintergrund.

Der Kämmerer erläutert:

- Die Gemeinde arbeitete bisher mit der Software Kommune365.
- Kreisweit wurde einheitlich beschlossen, auf das neue System „Open Rathaus“ umzustellen.
- Die Umsetzung erfolgt zentral über den Landkreis.
- Konkrete Kosten liegen noch nicht vor, daher wurde ein vorläufiger, geschätzter Ansatz in den Investitionsplan eingestellt.

### **Fragen zum Investitionsplan – Zuständigkeiten Müller-Haus / Bürocontainer Wohnmobilstellplatz**

Frau Bommelmann fragt nach der Zuständigkeit für das Müller-Haus. Sie stellt fest, dass im vergangenen Haushaltsjahr 1.500 Euro für Mobilität und Internet eingestellt waren, im aktuellen Entwurf jedoch kein Ansatz vorgesehen ist. Sie möchte wissen, wer ihr konkreter Ansprechpartner für Anliegen rund um das Müller-Haus ist und warum die 1.500 Euro nicht erneut eingeplant wurden.

Der Kämmerer bedankt sich für den Hinweis und erklärt, dass der Ansatz übertragen werde, falls die Umsetzung noch nicht erfolgt sei.

Herr Dinkela erkundigt sich nach dem im Investitionsplan enthaltenen Bürocontainer, der im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Wohnmobilstellplatzes Ditzum aufgeführt ist.

Der Kämmerer erläutert, dass diese Position mit Frau Bruhns, der zuständigen Leiterin des Bereichs Tourismus, abgestimmt sei. Hintergrund ist, dass das gesamte System des Wohnmobilstellplatzes künftig automatisiert werden soll. Herr Dinkela erwähnt, dass er sich dazu eine vorherige Absprache gewünscht hätte.

### **Antrag des Gewerbevereins**

Herr Eberlei fragt, ob der Antrag des Gewerbevereins ebenfalls heute zu beschließen sei.

Herr Dinkela stellt klar, dass der Antrag des Gewerbevereins nicht für das laufende Haushaltsjahr, sondern erst für das nächste Jahr relevant sei. Der Antrag wurde zur Kenntnis genommen und soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses behandelt werden.

Herr Eberlei gibt zu bedenken, dass hierfür bereits im Haushalt 2026 ein Budgetansatz berücksichtigt werden müsse.

Herr Dinkela erläutert, dass der Haushalt in der kommenden Finanzausschusssitzung erneut beraten wird. In diesem Rahmen könne der Punkt noch in den Haushaltsplan aufgenommen und beschlossen werden.

Er bittet in diesem Zusammenhang die Verwaltung um eine Kostenschätzung zur Maßnahme, um eine korrekte haushaltsrechtliche Planung vornehmen zu können. Die Kostenschätzung soll klären:

- Höhe der voraussichtlichen Kosten
- Einordnung, ob es sich um eine Investition oder laufende Kosten handelt
- ob der Ansatz in den Investitionsplan oder in die Aufwandsliste gehört
- wie die Maßnahme organisatorisch umgesetzt werden kann

Der Bürgermeister schätzt die dazu im Raum stehende Investition auf ca. 6.000 Euro.

Herr Eberlei weist darauf hin, dass es in der Investitionsliste bereits eine Position für Instandhaltung gebe. Man könne das Thema im Laufe des Jahres erneut aufgreifen. Sollte die Verwaltung jedoch zu dem Ergebnis kommen, dass es sich um eine Investition „von solcher Höhe“ handelt, dass sie zwingend im Investitionsplan erscheinen müsse, solle dafür eine eigene Position im Haushalt vorgesehen werden.

Herr Dinkela schlägt vor, den Punkt in der nächsten Sitzung wieder aufzunehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine detaillierte Kostenaufstellung zu erarbeiten, damit der Ausschuss den Bedarf und die haushaltsrechtliche Einordnung beurteilen kann.

### **Budget 100- Datenverarbeitung**

Herr Eberlei weist darauf hin, dass die Zusammenstellung der digitalen Dienste noch nicht vorliegt. Unter diesen Umständen könne seiner Meinung nach der entsprechende Punkt heute nicht beschlossen werden, da die Informationsgrundlage fehlt.

Der Bürgermeister geht anschließend auf die Investitionsliste ein, insbesondere auf die Positionen zu den EDV-Investitionen. Er erläutert, dass diese – wie im Vorjahr – detailliert in einer nichtöffentlichen Sitzung vorgestellt werden sollen. Dies entspreche dem formellen Ablauf, der im vergangenen Haushaltsjahr praktiziert wurde.

Herr Eberlei äußert Unverständnis darüber, warum die Inhalte nicht öffentlich beraten werden sollen, obwohl der Haushalt selbst später öffentlich beschlossen wird. Aus seiner Sicht müsse daher auch die Vorberatung in einer öffentlichen Sitzung erfolgen.

Nach einer kurzen Debatte erklärt der Bürgermeister, dass der heutige Sitzungstag ein umfangreicher Sitzungsmarathon sei. Die vollständige Darstellung und Erläuterung sämtlicher EDV-Positionen hätten den zeitlichen Rahmen dieser Sitzung deutlich überschritten. Aus diesem Grund sei die Aufteilung – wie im Vorjahr vorgenommen worden.

Herr Kruse weist darauf hin, dass der Ausschuss die vorliegenden Haushaltsansätze grundsätzlich bereits jetzt beschließen könne. Die Detailberatung könne in den kommenden Sitzungen – insbesondere im Finanzausschuss – erfolgen. Eventuelle Änderungswünsche der Fraktionen könnten anschließend im Rahmen der finalen Haushaltsplanberatungen eingearbeitet werden.

Herr Eberlei erläutert, dass seine Fraktion die Situation anders einschätzt. Um eine fundierte Entscheidung treffen zu können, müsse zunächst eine Gesamtübersicht über das EDV-Gesamtpaket vorliegen. Dies sei bereits im Vorjahr so verabredet worden, da die einzelnen Positionen ohne eine solche Gesamtübersicht nicht belastbar eingeordnet werden können.

Eine Zustimmung in der heutigen Sitzung sei daher nicht verantwortbar. Die Fraktion Jemgum 21 kündigt an, sich unter diesen Bedingungen zu enthalten, um nicht nachträglich einem Paket zugestimmt zu haben, dessen Umfang in der Sitzung nicht transparent beurteilt werden konnte.

Herr Eberlei betont, dass die digitalen Leistungen einen wesentlichen und haushaltsrelevanten Bestandteil der gesamten Haushaltsplanung darstellen. Daher müsse aus seiner Sicht öffentlich darüber beraten werden können. Er sehe keine Gründe, die eine nichtöffentliche Behandlung dieser Thematik rechtfertigen würden – insbesondere da auch der Haushaltsbeschluss selbst in öffentlicher Sitzung gefasst werde.

Herr Dinkela ergänzt, dass es grundsätzlich sinnvoll wäre, die digitalen Themen künftig ausschussübergreifend gebündelt zu betrachten. Ein eigener Ausschusspunkt oder ein ständiges Themenfeld im Rahmen der Ausschussarbeit könne hier langfristig hilfreich sein.

Zudem weist er darauf hin, dass man im Vorjahr alle EDV-Positionen en bloc abgestimmt habe. Für dieses Jahr sei jedoch eine ausführlichere Betrachtung der Kostenstelle 100 – Datenverarbeitung notwendig.

Der Bürgermeister stellt klar, dass der Investitionsplan für die EDV bereits vorliege und Grundlage der heutigen Beratung sei. Gleichwohl könne die detaillierte Behandlung der Kostenstelle 100 in einer separaten Sitzung erfolgen, sobald alle Informationen vollständig vorliegen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die detaillierte Beratung und Bewertung des Budget 100 – Datenverarbeitung in eine gesonderte Sitzung zu verlagern.

#### Schlüsselzuweisungen

Der Kämmerer erläutert, dass der Gesetzgeber das Niedersächsische Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG) geändert hat. Diese Änderung betrifft insbesondere die Verteilung der Finanzmittel zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden.

Für die Gemeinde Jemgum wirkt sich dies positiv aus:

- Durch die neue Verteilungslogik erhält die Gemeinde einen höheren Anteil.
- Die Gesamtzuweisungsmasse, die das Land für die kommunale Ebene zur Verfügung stellt, wurde zusätzlich erhöht.

Auf dieser Grundlage können die Schlüsselzuweisungen auf 850.000,-€ erhöht werden.

Herr Eberlei merkt an, dass dies ein „interessantes Thema“ sei. Der Finanzausschuss des Landkreises werde diese Entwicklung vermutlich kritisch sehen, da die Erhöhung des Anteil des Kommunen gleichzeitig eine Reduzierung des Anteils für Kreisaufgaben bedeuten.

#### **Fragen zu Gewerbesteuern und Umlagen**

Herr Bartinger erkundigt sich, warum die Erträge aus der Gewerbesteuer um rund 1 Million Euro höher angesetzt werden.

Kämmerer Smidt erklärt, dass die guten Werte sich aus den vergangenen zwei sehr starken Gewerbesteuerjahren ergeben. Die erhöhten Erträge seien teilweise auf Nachzahlungen aus Vorjahren, aber auch auf reguläre höhere Vorauszahlungen zurückzuführen. Diese Entwicklung spiegele sich nicht nur in Jemgum, sondern auch in anderen Kommunen wider.

#### **Thema Kreisumlage**

Herr Eberlei fragt nach, wie der Ansatz einer Erhöhung um 400.000 Euro zustande komme.

Der Kämmerer erläutert, dass der Ansatz im Vorjahr nicht nach oben korrigiert, obwohl bereits absehbar war, dass der tatsächliche Betrag höher liegen würde. Die Gemeinde hatte 2,35 Mio. Euro veranschlagt, tatsächlich jedoch bereits über 2,5 Mio. Euro zahlen müssen.

Der Landkreis hatte im Vorjahr eine Erhöhung um 4% gefordert. Vom Kreistag wurde letztlich dann eine Erhöhung um 2 % für 2025 beschlossen. Sollte sich die prognostizierten Zahlen des Kreishaushalt aus dem Jahr 2025 bestätigen sei eine erneute Erhöhung nicht auszuschließen. Als Kämmerer habe er diesen Umstand Rechnung getragen und eine Erhöhung eingeplant. Sollte der Landkreis die Kreisumlage nicht erhöhen, könne der Ansatz im Laufe des Haushaltsverfahrens wieder korrigiert werden.

#### Bildschirme und Drucken

Herr Kruse hat eine Verständnisfrage zu den Positionen „Bildschirme und Drucker“. Er war der Auffassung, dass bereits neue Geräte angeschafft worden seien.

Der Bürgermeister erläutert, dass es sich hierbei um Restlaufzeiten der Altgeräte handelt. Diese laufen formal im Jahr 2026 aus und erscheinen deshalb noch im Haushalt, obwohl der Austausch bereits begonnen hat.

#### **Personal- und Finanzpositionen**

Herr Kruse erkundigt sich nach der Erhöhung in den Personalkosten, insbesondere bei der Position Gehaltsabrechnung, die von 3.000 Euro auf 9.000 Euro gestiegen ist. Der Kämmerer erläutert, dass es sich hierbei tatsächlich um gestiegene Aufwendungen handelt. Die Kostenentwicklung sei real und nicht durch Einmaleffekte begründet.

Herr Kruse verweist auf die EEG-Umlage / Einnahme aus Windkraftbeteiligungen. Er betont, dass er maßgeblich daran beteiligt war, diese Einnahmequelle voranzubringen. Aus vormals 16.000 Euro seien nun 30.000 Euro geworden.

Er stellt fest, dass – sofern alle übrigen Prozesse wie erwartet laufen – hier sogar weiteres Potenzial besteht.

#### **Überstundenrücklagen**

Zum Schluss möchte Herr Kruse wissen, wo die Rücklage für Überstunden im Haushalt zu finden sei bzw. ob diese für das Jahr berücksichtigt wurde.

Der Kämmerer erklärt, dass die Darstellung nicht im Haushaltsplan, sondern erst im Jahresabschluss erfolgt.

Herr Kruse äußert die Hoffnung, dass die Überstundenrücklage möglichst auf null steht, da diese Position den Haushalt erheblich belasten könne.

Der Bürgermeister reagiert darauf und sagt, dass man ihm diese Hoffnung leider nicht erfüllen könne; es sei davon auszugehen, dass weiterhin erhebliche Überstundenbestände vorhanden sind.

Herr Pfaff erkundigt sich nach dem Biosphärenfahrrad. Er stellt fest, dass diese Position bereits im Vorjahr im Haushalt enthalten war und nun erneut aufgeführt ist.

Der Bürgermeister erläutert, dass es sich hierbei um die Fortführung der geplanten Maßnahme handelt. Das Fahrrad sei noch nicht beschafft worden und werde daher erneut im Haushalt berücksichtigt.

#### **Thema Kreisumlage – Diskussion zur Ansatzhöhe**

Herr Eberlei kommt erneut auf die Kreisumlage zu sprechen.

Er erklärt ausführlich, dass er im Finanzausschuss des Landkreises Leer politisch „schlechte Karten“ habe, wenn die Gemeinde Jemgum bereits im eigenen Haushaltsentwurf proaktiv eine Erhöhung der Kreisumlage einplant

Seine Argumentation:

- Wenn die Gemeinde Jemgum im Voraus eine höhere Kreisumlage beschließt, könne er im Kreistag nicht glaubhaft vertreten, dass die Gemeinden keine Erhöhung tragen können.

- Der Ansatz im Haushalt der Gemeinde sendet ein politisches Signal, das seine Verhandlungsposition schwächt.
- Er plädiert daher ausdrücklich dafür,
- im Haushalt lediglich den Ansatz zu verwenden, der der tatsächlichen Kreisumlage des laufenden Jahres entspricht.
- Sollte es anschließend zu einer abweichenden Entscheidung des Landkreises kommen, könne dies im Rahmen einer Haushaltsänderung korrigiert werden.

Der Bürgermeister nimmt den Einwand auf und bittet Herrn Baer (Presse) darum, diesen Punkt nicht wörtlich in die Berichterstattung aufzunehmen.

Herr Eberlei ergänzt:

- Die Gemeinde habe im laufenden Jahr rund 2,5 Mio. Euro Kreisumlage gezahlt.
- Der im Haushaltsentwurf veranschlagte Betrag liegt um rund 250.000 Euro höher, da man vorsorglich von einem Anstieg ausgegangen sei.
- Da jedoch keinerlei Informationen oder Signale aus dem Landkreis vorliegen – der Haushaltsentwurf des Landkreises wird erst in der kommenden Woche eingebracht –, werde die Gemeinde den Ansatz an die tatsächlichen Zahlungen des laufenden Jahres anpassen.

Der Bürgermeister bestätigt abschließend, dass der Ansatz entsprechend korrigiert wird.

Herr Dinkela schlägt vor, im Aufwands- und Ertragshaushalt die Kreisumlage wieder auf das bisherige Niveau des laufenden Haushaltsjahres abzusenken. Die Schlüsselzuweisungen sollen entsprechend angepasst werden. Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu, und die Änderungen werden für die weiteren Haushaltsberatungen übernommen.

**Ergebnis:**

Einstimmig beschlossen  
Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 8. Anfragen, Anregungen und Hinweise**

Es lagen keine Anfragen, Anregungen und Hinweise vor.

**Ergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 9. Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu Gemeindeangelegenheiten**

Es lagen keine Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu Gemeindeangelegenheiten vor.

**Ergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 10. Ende des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:32 Uhr.

Ergebnis:  
zur Kenntnis genommen

Torsten Dinkela  
Vorsitzender

Hans-Peter Heikens  
Bürgermeister

Anja Liebenberg  
Protokollführer